

Transnationale queere Solidarität als „burden of the fittest“? Zur Problematik einer Einpassung von LGBTIQ*-Rechten in die Logik von Entwicklungszusammenarbeit

Klapeer, Christine M.

2019

<https://doi.org/10.25595/3643>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Klapeer, Christine M.: *Transnationale queere Solidarität als „burden of the fittest“? Zur Problematik einer Einpassung von LGBTIQ*-Rechten in die Logik von Entwicklungszusammenarbeit*, in: *Femina politica : Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, Jg. 28 (2019) Nr: 2, 67–81. DOI: <https://doi.org/10.25595/3643>.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v28i2.06>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY SA 4.0 Lizenz (Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY SA 4.0 License (Attribution - ShareAlike). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

Tchassei, Affo, 2014: Lampedusa in Hamburg/Berlin. Internet: <https://www.youtube.com/watch?v=n1FIBLs4Td8> (27.2.2019).

Der Tagesspiegel, 2015: Flüchtlinge in der EU. Renzi: „Wenn dies eure Idee von Europa ist, dann könnt Ihr sie behalten“, 26.6.2015. Internet: <https://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-in-der-eu-renzi-wenn-dies-eure-idee-von-europa-ist-dann-koennt-ihr-sie-behalten/11972586.html> (7.8.2019).

Transnationale queere Solidarität als „burden of the fittest“? Zur Problematik einer Einpassung von LGBTIQ*-Rechten in die Logik von Entwicklungszusammenarbeit

CHRISTINE M. KLAPEER

Internationale Solidarität gilt bis heute als zentrale ethisch-normative wie politische Grundlage für die Vergabe von (sogenannter) Entwicklungshilfe und damit von Entwicklungszusammenarbeit selbst (Kesselring 2014; Lancaster 2007). Trotz beträchtlicher globalpolitischer Veränderungen des entwicklungspolitischen Gefüges¹ sowie einer Zunahme entwicklungskritischer Stimmen spätestens seit den 1980er-Jahren, die die Reproduktion von epistemischen und strukturellen Asymmetrien sowie die Fortschreibung rassistischer (Repräsentations-)Logiken durch den „Entwicklungsapparat“ (Escobar 1988, 428; vgl. auch Escobar 2012/1995; Kapoor 2008; Kothari 2005a) problematisierten, operiert eine Vielzahl internationaler und nationaler (Entwicklungs-)Organisationen sowie Nichtregierungsorganisationen (NGOs) weiterhin mit dem Begriff der Solidarität, um für ihre Arbeit zu mobilisieren oder diese zu legitimieren.² Nicht zuletzt fanden im Namen der Solidarität auch zahlreiche institutionelle Reformen und epistemisch-diskursive Verschiebungen innerhalb entwicklungspolitischer Strukturen und Arbeitsweisen statt. In diesem Zusammenhang kann im deutschsprachigen Raum etwa die Ablösung des Begriffs der *Entwicklungshilfe* durch das (vermeintlich) egalitärere Konzept der *Entwicklungszusammenarbeit* genannt werden; ebenso zu erwähnen sind die zahlreichen geschlechterpolitischen Anstrengungen, vormals marginalisierte Gruppen oder Problemstellungen durch die Implementierung *inklusive*er Entwicklungskonzepte und -strategien, wie z. B. durch den Human Rights Based Approach (HRBA) oder den Gender and Development Approach (GAD), entsprechend zu berücksichtigen. Seit einem guten Jahrzehnt setzen sich auch besonders jene europäischen Geber* – allen voran Schweden – für eine Implementierung sogenannter SOGI³-sensibler bzw. LGBT(IQ)⁴-inklusive Entwicklungsstrategien ein, die in der Tradition eines „Nordic internationalism“ stehen und ebenfalls das Konzept der Solidarität bzw. eines transnationalen Humanitarismus als Legitimationsfigur für ihr entwicklungspolitisches Engagement mo-

bilisieren (Elgström/Delputte 2016). Schweden ist neben Dänemark, Norwegen und den Niederlanden auch eines jener Länder, das 2014 nach der Verabschiedung der (mittlerweile wieder außer Kraft gesetzten) Anti-Homosexuality Bill in Uganda eine Kürzung seiner Entwicklungshilfegelder vorgenommen hat. Diese Entwicklungshilfekürzungen wurden innerhalb europäischer Geber*gemeinschaften ebenso wie in einigen Entwicklungs-, Menschenrechts- und LGBTIQ*-Organisationen im Globalen Norden als eine Form und ein Zeichen der Solidarität mit LGBTIQ*s in Uganda interpretiert, auch wenn viele LGBTIQ*-Aktivist*innen aus Uganda selbst bzw. aus anderen afrikanischen Staaten mit ähnlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen diese Solidarität als neue Form einer kolonial-rassistischen „civilizing mission“ ablehnten oder zumindest in ihrer Ausrichtung und Wirkung problematisierten (Abbas 2012, o.S.; vgl. auch African Statement to British Government on Aid Conditionality 2013/2011). Aus einer postkolonialen, dekolonialen und rassismuskritischen Perspektive stellt sich das Verhältnis von (transnationalen) Solidarität, LGBTIQ*-Rechten und Entwicklungszusammenarbeit folglich insgesamt als sehr viel widersprüchlicher und spannungsreicher dar, als dies zahlreiche entwicklungspolitische Diskurse, Artikulationen und Ansätze suggerieren.

Auf der Basis einer Zusammenführung von Erkenntnissen aus dem Bereich der postkolonialen und radikalen Entwicklungsforschung (u.a. Baaz 2005; Escobar 2012; Kapoor 2008; Kothari 2005a) und queeren Auseinandersetzungen mit homonationalistischen Implikationen globaler LGBTIQ*-Politiken (u.a. Haritaworn/Erдем/Tauqir 2008; Puar 2007; Rao 2014) diskutiert dieser Beitrag auf einer konzeptionell-theoretischen Ebene das Spannungsverhältnis zwischen Entwicklungszusammenarbeit und transnationaler queerer Solidarität. Es wird gefragt, welche Vorstellungen von Solidarität und Verantwortung aktuellen LGBTIQ*-inklusiven bzw. SOGI-sensiblen Entwicklungsstrategien und -diskursen zugrunde liegen und welche Konzepte von Entwicklung, Hilfe oder Intervention in diesem Zusammenhang entworfen und gleichzeitig legitimiert werden.⁵

Im ersten Teil des Beitrags wird gezeigt, wie aktuelle entwicklungspolitische Konzepte einer transnationalen queeren Solidarität vor dem Hintergrund etablierter modernisierungstheoretischer und developmentalistischer Annahmen und Deutungslogiken Gefahr laufen, mangelnde LGBTIQ*-Rechte zum Entwicklungsproblem zu erklären und damit das Modell einer nachholenden Entwicklung zu aktualisieren. Daran anschließend diskutiert der Beitrag auf der Basis postkolonialer Entwicklungskritiken die selbstaffirmativen Implikationen entwicklungspolitischer Praxen der Solidarität und untersucht, inwieweit diese als eine Form der „okzidentalistische(n) Selbstvergewisserung“ (Brunner/Dietze/Wenzel 2009, 13) interpretiert werden können. In einem letzten Teil geht der Beitrag der Frage nach, inwiefern eine Viktimisierung von LGBTIQ*s im Globalen Süden bzw. insgesamt eine Spektakularisierung (Mwikya 2013) von Gewalt gegen LGBTIQ*s in den sogenannten Partnerländern als zentraler diskursiver Bedingungsrahmen für transnationale queere Solidarität fungiert. Angesichts aktueller globaler Kräfteverhältnisse und einer anhaltenden

prekären Lebenssituation vieler LGBTIQ*s ist es jedoch keineswegs Ziel dieses Beitrages, *gegen* eine Verbindung von Entwicklungszusammenarbeit und (transnationaler queerer) Solidarität anzuschreiben, sondern zu einer differenzierten Debatte dieses Spannungsverhältnisses anzuregen.

Homodevelopmentalismus und Solidarität als Verantwortung der Entwickelten

(H)elping the subaltern is often a reaffirmation of the Social Darwinism implicit in ‘development’, in which ‘help’ is framed as ‘the burden of the fittest’ (Spivak 2004, 57).

In ihrer kritischen Auseinandersetzung mit aktuellen Menschenrechtspolitiken und dem Erstarken einer Idee des globalen Kosmopolitanismus als Grundlage und Legitimation von (Entwicklungs-)Hilfe, Verantwortung und Solidarität *für* den Globalen Süden, konstatiert die bekannte postkoloniale Theoretikerin Gayatri Chakravorty Spivak eine folgenreiche Diskursverschiebung. Demnach werde die kolonial-rassistische Trope eines „white man’s burden“ zunehmend von einem sozialdarwinistischen Argumentationsmuster abgelöst, das (Entwicklungs-)Hilfe und Solidarität sowie die Notwendigkeit von internationalen Interventionen als „burden of the fittest“ erscheinen lässt (Spivak 2007, 177). Oder wie Spivak an anderer Stelle formuliert: „(T)he fittest must shoulder the burden of righting the wrongs of the unfit“ (Spivak 2004, 524). In Anlehnung an Spivak und das Zitat am Beginn dieses Abschnittes kann für die Verhandlung von LGBTIQ*-Rechten innerhalb aktueller entwicklungspolitischer Kontexte in EUropa ein ähnlicher Diskurs der Solidarität und Verantwortung konstatiert werden. Auch wenn das entwicklungspolitische Feld mittlerweile durch eine anhaltende Reflexion von Paternalismus und strukturellen und epistemischen Asymmetrien gekennzeichnet ist und insbesondere im Kontext von LGBTIQ*/SOGI-inklusiven Entwicklungsstrategien die Zusammenarbeit mit ‚lokalen Partnern‘ und Bewegungen besonders betont wird, leiten ‚westliche‘, insbesondere skandinavische, Geber*staaten oder NGOs die eigene (humanitäre) Verantwortung zur transnationalen Solidarität mit LGBTIQ*s im Globalen Süden aus dem Vorhandensein einer spezifischen (Entwicklungs-)Expertise und „authority“ (Kothari 2005b, 425) in Bezug auf LGBTIQ*-Rechte und LGBTIQ*-Emanzipation ab. Das zeigen auch die Äußerungen eines schwul*-identifizierten Entwicklungsexperten im Bereich der dänischen LGBTIQ*/SOGI-inklusiven Entwicklungszusammenarbeit:

They (LGBTIQ organizations in Tanzania, Erg. CK) are far behind us in organizing (...) we had a workshop down there (...) so that we could learn how far are they and how we can help them (...). We have knowledge about LGBT organizing. (...) They want the same things (gay marriage) as we (...) deep in themselves they want that, there is no difference (...). The Danish model (of gay marriage, Erg. CK) is a good model. (Interview 2013)

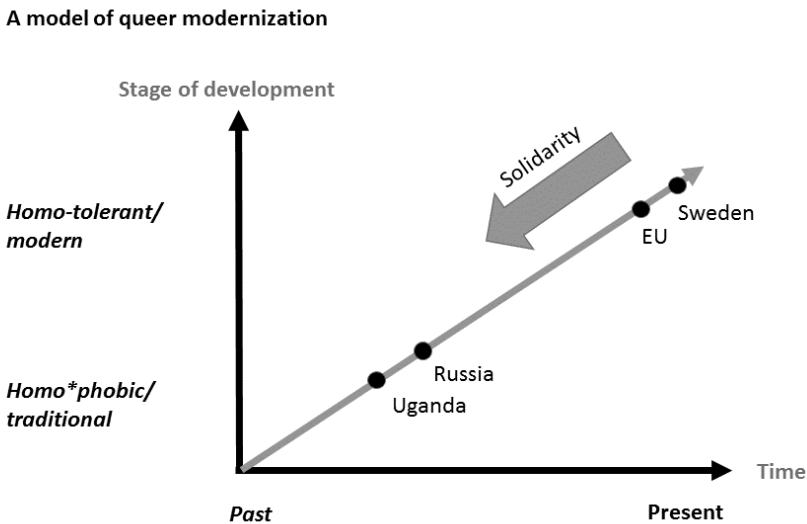
Die eigene Autorität, hier von Dänemark, wird jedoch keineswegs mit der Vorstellung eines „white man’s burden“ begründet, sondern sie erscheint als logisches Ergebnis eines (vermeintlich) entwicklungsgeschichtlichen Vorsprungs in Bezug auf LGBTIQ*-Emanzipation. Auf der Basis developmentalistischer Annahmen über einen quasi evolutionär-universellen Verlauf von LGBTIQ*-Emanzipationsgeschichte präsentiert sich diese Autorität gewissermaßen als empirische Tatsache. Die Verantwortung zur Solidarität wird somit aus einer modernisierungstheoretischen Vorstellung von LGBTIQ*-Emanzipation abgeleitet, die ich an anderer Stelle als „homodevelopmentalistisch“ konzeptualisiert habe (Klapeer 2018a).

Homodevelopmentalismus bezeichnet eine neue politische Konvergenz zwischen homonormativen⁶ und homonationalistischen⁷ LGBTIQ*-Politiken und etablierten Entwicklungsmodellen, die auf der modernisierungstheoretischen Annahme basiert, dass sich Gesellschaften stufen- bzw. phasenartig von einer ‚traditionellen‘ (sprich homo*/-trans*/-inter*phoben) Gesellschaft in Richtung einer ‚modernen‘ (sprich LGBTIQ*-freundlichen) Gesellschaft entwickeln. Durch diese politische Konvergenz wird nicht nur die konstitutive Bedeutung von Heteronormativität und Gewalt gegen LGBTIQ*s für ‚die Moderne‘ bzw. moderne Staatlichkeit unsichtbar gemacht, sondern das Konzept der Moderne wird darüber hinaus selbst, wie es Michael Bosia (2015, 39, Übers. CK) ausdrückt, „homosexualisiert“.

Aufgrund ihrer ‚modernen‘ LGBTIQ*-Gesetzgebungen fungieren daher insbesondere die skandinavischen Staaten – zunehmend auch Deutschland – als Modelle für eine Art nachholende (queere) Entwicklung in Bezug auf LGBTIQ*-Rechte. Wie aktuelle Forschungsarbeiten zeigen, imaginieren sich Länder wie Schweden, Dänemark, die Niederlande oder Deutschland als überlegen und fortschrittlich, als exzeptionell, was ihre jeweilige Sexual- und Geschlechterordnung und besonders ihre Toleranz gegenüber LGBTIQ*s betrifft (Bracke 2011; Dietze 2017; Jungar/Peltonen 2017). In diesem Kontext lässt sich beobachten, dass Gewalt gegen LGBTIQ*s zunehmend externalisiert und in (bestimmten) Ländern des Globalen Südens/Ostens lokalisiert wird (Rao 2014, 169f.). Umgekehrt erscheinen Gewalt und Diskriminierung gegen LGBTIQ*s in den homotoleranten Geber*staaten – bestärkt durch neoliberale Politiken einer „homonormalisierenden“ (Ludwig 2016) Inklusion und Anerkennung von LGBTIQ*s im Rahmen entpolitizierter Vorstellungen von Diversität und Selbstverwirklichung – vorwiegend als individuelle Delikte durch *einzelne* vorurteilsbehaftete, rückständige Menschen und damit als Ausnahmen in einer ansonsten funktionierenden liberalen Demokratie. Oder wie Katarina Jungar und Salla Peltonen (2017) im Rahmen ihrer Untersuchung von Manifestationen eines schwedischen Homonationalismus betonen: „While LGBT politics in Sweden is seen as having reached its goal (...), the struggle is now located elsewhere“ (ebd., 732). Gerade durch eine (rassistische) Identifizierung von muslimischen oder afrikanischen Migrant*innen als primäre Träger von ‚rückständiger Homo*phobie‘ kann der eigene sexuelle Exzeptionalismus in Bezug auf LGBTIQ*-Rechte bestätigt werden (Hariatworn/Erдем/Tauqir 2008; Puar 2007).

Die besondere Problematik einer modernisierungstheoretischen Auffassung von sozialem Wandel und LGBTIQ*-Emanzipation liegt jedoch nicht nur darin, dass Gewalt gegen LGBTIQ*s mit bestimmten geopolitischen Regionen oder ‚Kulturen‘ verbunden wird, sondern dass diese Gewalt sowie die Regionen selbst „anachronisiert“ (Hoad 2000, 134, Übers. CK), d.h. in der Vergangenheit, verortet werden. Gewalt gegen LGBTIQ*s und mangelnde LGBTIQ*-Rechte können somit nur mehr als Ausdruck und Zeichen von Rückständigkeit erscheinen, womit eine „spatialized global hierarchy“ in eine „temporalized (putative) historical sequence“ transformiert werde (Ferguson 2006, 178). Jene Länder, die als ‚rückständig‘ in Bezug auf LGBTIQ*-Rechte gelten, sind somit „not simply at the bottom, they (are) (...) at the beginning“ (ebd.). Wie die folgende grafische Darstellung zeigt, wird Zeit/lichkeit somit selbst zum Ausdruck fortschrittlicher oder guter LGBTIQ*-Politik, da im Rahmen eines modernisierungstheoretischen Modells ein „movement forward in time (...) also a movement ‚upwards‘ on the scales of development and modernity“ ist (Ferguson 2006, 185).

Grafik 1: Solidarität im Rahmen einer queeren Version von Modernisierung



Quelle: Eigene Darstellung

Solidarität bedeutet in dieser Logik gewissermaßen, eine Zeitreise in die Vergangenheit zu unternehmen und durch Intervention und Hilfe ‚lebenden Anachronismen‘ zum Fortschritt in Bezug auf LGBTIQ*-Rechte zu verhelfen (Hoad 2000). Aus dieser besonderen temporalen Hierarchie in Bezug auf LGBTIQ*-Rechte wird eine

Bürde und Verantwortung zur Solidarität, Hilfe und Entwicklung abgeleitet, d.h. im Rekurs auf Spivaks These von einem humanitaristisch begründeten „burden of the fittest“ kann hier von einem „burden to develop“ gesprochen werden. Das humanitaristische Moment verbindet sich also mit einem modernisierungstheoretischen Entwicklungs- und Fortschrittsnarrativ.

Solidarität als okzidentalistische Selbstvergewisserung

Vor diesem Hintergrund rücken die selbstaffirmativen Implikationen und identitätsstiftenden Effekte dieser Selbstautorisierung zur Solidarität in den Blick. Während der postkoloniale Entwicklungsforscher Ilan Kapoor (2008, 84) in der Konstruktion einer „generosity“ von Geber*staaten gegenüber weniger privilegierten Regionen eine wichtige Form der *nationalen* Identitätskonstruktion sieht, die besonders für skandinavische Staaten identitätsstiftend war/ist, kritisiert Barbara Heron (2007) in einem (weißen) „desire for development“ ein „profound desire for the self“ (ebd., 156). Pia Laskar (2014) spricht im Zusammenhang mit dem internationalen Einsatz von Schweden für LGBTIQ*-Rechte – beispielsweise im Rahmen von entwicklungspolitischen Programmen oder Maßnahmen – sogar von einem neuen humanitaristisch begründeten „homotransnationalism“. Demnach werde die eigene nationale Identität gerade *durch* und *mittels* eines transnationalen Engagements für LGBTIQ*-Rechte und als Weiterführung eines „nordic internationalism“ begründet und hergestellt. In dieser Logik wird unterstellt, dass Schweden über die notwendige Entwicklungsexpertise verfügt, um die Situation von LGBTQ*s ‚anderswo‘ nachhaltig zu verändern, wie das folgende Zitat aus einem Aktionsplan der schwedischen Entwicklungsagentur Sida illustriert:

The overall goal (of Sida’s work, Erg. CK) is to enable lesbian, gay, bisexual, transgender and intersex persons to improve their living conditions in the countries where Sweden is engaged in development cooperation. This means that in those countries where Sweden systematically includes an LGBT perspective in the development cooperation, *the rights and poverty situation for LGBT persons is expected to improve*, both de jure and de facto, and thereby increasing their opportunities and ability to influence their own situation (Sida 2006, 4, Herv. CK).

Nicht nur wird der Sida hier eine zentrale Lösungskompetenz im Kampf gegen Gewalt gegen LGBT(IQ)*s zugesprochen, sondern diese Gewalt wird gleichsam zu einem technisch zu lösenden und durch Entwicklungszusammenarbeit zu managenden Entwicklungsproblem erklärt. Der bekannte Post-Development Theoretiker Arturo Escobar (1988, 2012) problematisierte bereits in seinen frühen Arbeiten, dass im Rahmen dominanter Entwicklungsdiskurse komplexe historisch-politische Ungleichheitsverhältnisse zu universellen Zeichen von Unterentwicklung gemacht werden und somit die strukturellen Ursachen von Armut oder Gewalt systematisch aus dem Blickfeld rücken. Diese proklamierte Unterentwicklung gelte es dann durch

technische oder finanzielle Hilfe, durch Wissenstransfer und die Entwicklungsexpertise der Geber*organisationen oder durch externe Interventionen, etwa in Form von Aid Konditionalitäten, zu lösen. Umgekehrt kann durch einen solchen Diskurs von Entwicklung die ‚exzeptionelle‘ Position der Geber* epistemisch und politisch immer wieder hergestellt werden.

Entwicklung und die entsprechende Entwicklungsexpertise, die es von Seiten der Geber* zu transnationalisieren gelte – in diesem Fall LGBTIQ*-Rechte – werden somit zu einem höchst gewaltvollen „political gift“, wie es Sara Ahmed (2009, 2) nennt: „what we have, what we give them, what we must force them to have“. Auch Ian Kapoor (2008) betont in seiner psychoanalytisch inspirierten Analyse von Entwicklungszusammenarbeit, dass Entwicklungshilfe keineswegs als ein „benevolent gift“ interpretiert werden könne, und zwar nicht nur aufgrund der ökonomischen und außenpolitischen Motive und Gewinne für Geber*staaten, sondern weil daraus eine machtvolle „auto-orgasmische“ (ebd., Übers. CK) Befriedigung und symbolische Selbstbestätigung erwachse:

There is (...) the satisfaction derived from offering help and winning symbolic returns – world recognition and the acknowledgement and (presumed) gratitude of the recipient. (...) Not to be forgotten is the gratification received from establishing superiority over the recipient. (...) the recipient can be coerced into subordination, acquiescence, or admiration (...) through which, I would add, the donor can derive sadistic regalement. (...) aid becomes an aphrodisiac (ebd., 89).

Genau durch eine Interpretation von LGBTIQ*/SOGI-inklusive Entwicklungszusammenarbeit als wohlwollendes Geschenk können sich jedoch etablierte rassialisierte Grenzziehungen und globale Asymmetrien fortschreiben, denn diese manifestieren sich nicht nur, wie Uma Kothari (2006, 14, Herv. CK) betont, in der Unterscheidung, „between who is developed and underdeveloped but who gives assistance and who *must be grateful* for it“.

Insofern kann hier auch in Anlehnung an die kritische Diskussion von Jin Haritaworn, Esra Erdem und Tamsila Tauqir (2008, 71) über einen neuen „gay imperialism“ innerhalb transnational engagierter LGBTIQ*-Aktivismen gefragt werden, welche Rolle (entwicklungspolitische) Solidaritätskampagnen und eine zunehmende Developmentalisierung von LGBTIQ*-Rechten im Sinne einer Einpassung von Kämpfen um diese Rechte in die Logiken und Rationalitäten von Entwicklungszusammenarbeit für LGBTIQ*-Organisationen im Globalen Norden haben. Die Vorstellung eines sexuellen Exzeptionalismus, einer universalen LGBTIQ*-Emanzipationsgeschichte und einer daraus abgeleiteten Bürde zur Entwicklung findet nämlich nicht nur ihren Niederschlag innerhalb staatlicher Entwicklungszusammenarbeit, sondern auch LGBTIQ*-Organisationen und Aktivist*innen selbst reproduzieren dieses Fortschritts- und Modernisierungsnarrativ (Gosine 2018; Klapeer 2018a). In Schweden, den Niederlanden, Dänemark und Deutschland engagieren sich LGBTIQ*-Organisationen zunehmend im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und erhal-

ten Finanzierung aus den jeweiligen Entwicklungsbudgets der Staaten. Die jeweils größten und lobbystärksten Organisationen, wie die „Nederlandse Vereniging voor Integratie van Homoseksualiteit“ (COC), die dänische „Landsforeningen for bøsser, lesbiske, biseksuelle og transpersoner“ (LGBT-Denmark), der schwedische „Riksförbundet för homosexuella, bisexuella, transpersoners och queeras rättigheter“ (RFSL) sowie der „Lesben- und Schwulenverband in Deutschland“ (LSVD) mit der Eddy-Hirschfeld-Stiftung, sind mittlerweile in der internationalen Zusammenarbeit tätig.

Andil Gosine (2018) zeigt in seiner kritischen Untersuchung der internationalen Arbeit der niederländischen LGBTIQ*-Organisation COC und der schwedischen Organisation RFSL darüber hinaus auf, wie diese Gruppen gerade durch eine Beteiligung am Projekt Entwicklung finanziell und politisch-normativ profitieren und daraus eine neue Selbstlegitimation ableiten konnten:

LGBT activists from the Global North have made beautiful, and probably sincere, claims, about their investments in rescue same-sex desiring kin in the Global South. But the mission is hardly selfless. (...) looking beyond their national boundaries has therefore served as one powerful justification for their continued existence to members and funders. The adoption of international platforms opened up new sources for revenue (...) (ebd., 195f.).

Folglich gilt es, aktuelle entwicklungspolitische Artikulationen der Solidarität *mit* LGBTIQ*s in Ländern des Globalen Südens vor dem Hintergrund ihrer selbstaffirmativen, rassialisierenden und ungleichheitsstabilisierenden Implikationen sowie ihres Beitrages für eine weiße okzidentalistische Selbstvergewisserung kritisch in den Blick zu nehmen. Denn sowohl durch eine Politik des „righting wrongs“ (Spivak 2004), der Beschreibung, Kritik und Bestrafung von mangelnder Homotoleranz z.B. durch die Kürzung von Entwicklungshilfe (oder dessen Legitimierung), ebenso wie durch die Ausübung der eigenen Entwicklungsexpertise und Lösungskompetenz als gewaltvolles „political gift“, kann sich die eigene Überlegenheit und Vorstellung von einem sexuellen Exzeptionalismus wiederum bestätigen.

Viktimisierung und ein Spektakel der Verletzlichkeit als Bedingungsrahmen für Solidarität

Auch wenn innerhalb Europäischer Entwicklungsorganisationen spätestens seit der HIV/AIDS-Krise die Notwendigkeit einer Inklusion von außerhalb heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit und Sexualität lebender Personen diskutiert wurde und einige (Geber*-)Staaten und (Entwicklungs-)NGOs bereits in den 1990er-Jahren partiell darauf reagiert hatten (Lind 2010), erfuhr das Thema LGBTIQ* und Entwicklungszusammenarbeit erst im Zuge der internationalen Skandalisierung einer Gesetzesinitiative zur Kriminalisierung von Homosexualität im Ugandischen Parlament in den Jahren 2009 bis 2014 größere Aufmerksamkeit. Gleichzeitig offenbarten sich im entwicklungspolitischen Umgang mit und der Beteiligung am „Uganda ho-

mophobia spectacle“, so Kenne Mwikya (2013, 141), einige der zentralen Grundproblematiken des Verhältnisses von Entwicklungszusammenarbeit und transnationaler queerer Solidarität.

Ohne in irgendeiner Weise homo*/trans* und inter*phobe Gewalt und Diskriminierung oder die Bedrohung von Leben durch die Anti-Homosexuality Bill verharmlosen zu wollen, muss problematisiert werden, dass der Fokus der Skandalisierung und internationalen Solidarisierung auf der unhintergehbaren Verletzlichkeit und dem Leiden der ‚betroffenen‘ LGBTIQ*s und nicht etwa auf anhaltenden Momenten des queeren Widerstandes und der politischen Organisierung und Mobilisierung gegen diese Gesetzesinitiative lag (diese Mobilisierung führte im August 2014 zu deren Suspendierung durch den Verfassungsgerichtshof). Niamh Ní Mhaoileoin (2019) spricht in ihrer Analyse von internationalen (Solidaritäts-)Kampagnen rund um die Anti-Homosexuality Bill daher auch von einer Spektakularisierung und Hypervisualisierung des Leidens (vgl. auch Gunkel 2013). Über die Eigenschaft des „gemeinsamen Leidens“ würden „African LGBTs“, wie Kehinde Okanlawon (2015, 104f.) deutlich macht, damit selbst homogenisiert:

African LGBT persons have tended to become one thing in the minds of many – vulnerable, paralyzed and oppressed persons. (...) victimhood had become synonymous with African LGBT (ebd.).

Afrika wurde im Zusammenhang mit Diskussionen um die Anti-Homosexuality Bill folglich zu einem einzigen „Ort der Homophobie“ (Rao 2014, 149, Übers. CK) und der Bedrohung stilisiert, ohne dass die spezifischen (trans-)lokalen Bedingungen, Unterschiede sowie die historischen und aktuellen Bedingungsgefüge von Gewalt und Diskriminierung (z.B. auch Artikulationen von Heteronormativität im Kontext postkolonialer und antikolonialer Mobilisierungen) in den Blick genommen werden (Thoreson 2014). Im Fall der Anti-Homosexuality Bill in Uganda bedeutet dies etwa, dass die tragende Rolle von evangelikalen Aktivist*innen (u.a. aus den USA) in der politischen Mobilisierung *für* diesen Gesetzesentwurf häufig unerwähnt bleibt bzw. insgesamt die bis heute andauernden gesellschaftlichen Folgen des entwicklungspolitischen Engagements der USA für eine Politik der Treue, Enthaltensamkeit und Moral im Rahmen des von Präsident George W. Bush forcierten „Emergency Plan For AIDS Relief“ für Uganda kaum diskutiert werden.

Heteronormativität erscheint in diesem Kontext auch nicht mehr als ein Strukturmerkmal eines internationalen Staatensystems, eines neoliberalen Kapitalismus oder von Entwicklungspolitik selbst. Vielmehr liegt der Fokus auf einer *individuellen* Betroffenheit von ‚verletzlichen Minderheiten‘ durch homo*phobe ‚Kulturen‘, die es durch internationale Interventionen etwa in Form von Entwicklungshilfekürzungen ‚zu schützen‘ oder ‚retten‘ gelte.

Werden aktuelle Policy-Papers zu LGBTIQ*-inklusive Entwicklung analysiert, liegt der Schwerpunkt ebenfalls auf einer Darstellung und Betonung der Verletzbarkeit von LGBTIQ*s und ihrem Mangel (z.B. an Rechten). So lautet bereits der

zweite Satz auf der Website der Europäischen Entwicklungszusammenarbeit zu „LGBTI rights“ folgendermaßen:

Lesbian, gay, bisexual, transgender and intersex (LGBTI) people constitute a vulnerable group and remain victims of persecution, discrimination and gross ill-treatment, often involving extreme forms of violence. In more than 70 countries in the world, sexual relations between consenting adults of the same sex are considered as a crime and punished with imprisonment or death penalty (International Cooperation and Development 2019, o.S.).

Eine (alleinige) Viktimisierung von LGBTIQ*s fügt sich wiederum in eine asymmetrische Logik von Entwicklungszusammenarbeit ein, die dazu tendiert, wie Maria Erikson Baaz (2005) in ihrer postkolonialen Entwicklungskritik zeigt, die sogenannten „target groups“, die es zu unterstützen gelte, zu „passive, dependent Other(s)“ zu machen (ebd., 125) und komplexe politische Verhältnisse bzw. von Gewalt oder Armut betroffene Menschen auf der Basis eines developmentalistischen Wissenssystems zu kartieren, zu kategorisieren und zu homogenisieren. James Ferguson (2009/1990) bringt die produktiven und entpolitizierenden Effekte dieses Wissenssystems folgendermaßen auf den Punkt:

(D)evelopment is the name not only for a value, but also for a (...) interpretative grid through which the impoverished regions of the world are known to us. (...) it appears self-evident that debtor Third World nation-states and starving peasants share a common ‘problem’, that both lack a single ‘thing’: ‘development’. (ebd., xiii)

Wie bereits sehr umfassend im Zusammenhang mit genderspezifischen Entwicklungsstrategien diskutiert wurde, laufen entwicklungspolitische Agenden damit Gefahr, kolonial-rassistische Rettungsnarrative und Vorstellungen von einem ‚white saviour‘ zu aktualisieren (Heron 2007; vgl. auch Haritaworn/Erdem/Tauqir 2008). Gleichzeitig kann in Bezug auf die Rolle von LGBTIQ*s im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit eine bedeutende Diskursverschiebung konstatiert werden. Die zu rettenden LGBTIQ*s erscheinen nämlich mit Cynthia Weber (2016, 51) gesprochen als „developable other“, als intrinsisch durch ihr sexuelles Begehren oder ihre Geschlechtsidentität mit ‚Modernität‘ verbunden, da LGBTIQ*-Emanzipation vor dem Hintergrund homodevelopmentalistischer Annahmen ausschließlich als Begehren *nach* und Entwicklung *zur* Modernität konzeptualisiert werden kann. Durch die Konstruktion von LGBTIQ*s im Globalen Süden als „developable other“ kann sich aber umgekehrt wieder der sexuelle Exzeptionalismus der Geber* bestätigen, da LGBTIQ*-Rechte und LGBTIQ*-Emanzipation mit einem homodevelopmentalistischen Konzept von ‚Modernität‘ verbunden bleibt und diese Modernität weiterhin geopolitisch im Globalen Norden situiert wird.

Conclusio: LGBTIQ*-inklusive und SOGI-sensible Entwicklungszusammenarbeit als „enabling violations“

In meinem Beitrag habe ich gezeigt, wie eine Einschreibung und Einpassung von LGBTIQ*-Rechten in etablierte Entwicklungsnarrative und Entwicklungsagenden – zum Teil durch LGBTIQ*-Organisationen selbst – Gefahr laufen, rassialisierende Konstruktionen von (sexueller) Rückständigkeit und Unterentwicklung zu stabilisieren; und zwar gerade *durch* Artikulationen einer transnationalen queeren Solidarität, da diese vor dem Hintergrund homodevelopmentalistischer Annahmen von LGBTIQ*-Emanzipation als Verantwortung ‚der Entwickelten‘, als „burden of the fittest“ (Spivak 2007, 2004), erscheint. In diesem Kontext wurde nicht nur die Problematik einer selbstaffirmativen okzidentalistischen Selbstvergewisserung des eigenen sexuellen Exzeptionalismus durch LGBTIQ*-inklusive und SOGI-sensible Entwicklungszusammenarbeit identifiziert, sondern auch diskutiert, inwieweit Viktimisierung, Passivierung und eine Spektakulisierung (Mwikya 2013) von queerer Verletzbarkeit als Bedingungsgefüge von transnationaler Solidarität fungiert und gerade durch die asymmetrische Strukturierung von Entwicklungszusammenarbeit zusätzlich verstärkt wird.

Aufgrund dieser ernüchternden Bilanz drängt sich am Ende dieses Beitrages die Frage auf, ob eine grundsätzliche Zurückweisung von LGBTIQ*-inklusive und SOGI-sensibler Entwicklungszusammenarbeit nicht die logische Konsequenz aus den hier diskutierten Problematiken wäre. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung von Entwicklungszusammenarbeit für die Finanzierung und Aufrechterhaltung zahlreicher Menschenrechts- und LGBTIQ*-Kämpfe und -Projekte im Globalen Süden (Abbas 2012; Lind 2010; Currier 2011; Moreau/Currier 2018) und der anhaltenden materiellen, politischen und existentiellen Prekarisierung vieler LGBTIQs* und LGBTIQ*-Organisationen stellt diese Möglichkeit meines Erachtens jedoch keinen erstrebenswerten Ausweg aus diesem Dilemma dar.

Darüber hinaus verdeckt eine Zurückweisung von Entwicklungszusammenarbeit jene Interventionen und Kämpfe insbesondere im Globalen Süden, die für eine dekolonisierende Transformation dieser Strukturen im Sinne einer *Ermöglichung* von transnationaler queerer Solidarität eintreten oder Entwicklungshilfe als eine Form der *Reparation* für koloniales Unrecht wie etwa die Einführung von Sodomiegesetzen während der Kolonialzeit interpretieren (Abbas 2012; African Statement to British Government on Aid Conditionality 2013; Klapeer 2018b). Gerade im Zusammenhang mit den Debatten um die Anti-Homosexuality Bill in Uganda wurde deutlich, dass hier LGBTIQ* und Menschenrechtsaktivist*innen in den sogenannten Partnerländern eine umfassende Transformation solidarischer Praktiken *durch* Entwicklungszusammenarbeit forderten, ohne jedoch Entwicklungszusammenarbeit als Ganzes zurückzuweisen. Eine kritische Perspektive auf Entwicklungszusammenarbeit bedeutet folglich, Handlungsfähigkeit nicht ausschließlich *außerhalb* der ohne Zweifel gewaltvollen Strukturen von Entwick-

lungszusammenarbeit/-politik zu verorten. Wenn Entwicklungszusammenarbeit mit Spivak (2004, 524) als etwas gesehen wird, „what we cannot not want“, als eine Form der „enabling violation“ dann muss es im Rahmen einer kritischen, queeren Entwicklungsforschung und -praxis darum gehen, sich aktiv für eine Reflexion und Veränderung eines homodevelopmentalistischen Solidaritätsverständnisses einzusetzen. Nur derart ist es möglich, die Verletzungen *durch* Entwicklungszusammenarbeit zu minimieren und das Enablement jener Gruppen zu vergrößern, die von LGBTIQ*-inklusiven bzw. SOGI-sensitiven Entwicklungsstrategien profitieren sollen. Eine fundierte De-Zentrierung und Transformation der in diesem Beitrag skizzierten Problemstellungen – Homodevelopmentalismus, das Begehren nach einer weißen okzidentalistischen Selbstvergewisserung und die Problematik einer Viktimisierung und Spektakularisierung von Gewalt gegen LGBTIQ*s – können möglicherweise Ansatzpunkte für alternative Praxen und Konzepte einer transnationalen queeren Solidarität im Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit eröffnen oder bereits gelebte Formen subversiver, widerständiger Solidarität stärken.

Amerkungen

- 1 In diesem Zusammenhang sei etwa auf das Erstarken sogenannter ‚Neuer Geber*‘ verwiesen – entwicklungspolitische Akteure wie etwa China oder Saudi-Arabien –, welche traditionelle Geber*-Empfänger*-Konstellationen entlang der Nord-Süd-Achse in Frage stellen.
- 2 Etwa vor Steuerzahler*innen im Fall staatlicher Entwicklungspolitik oder gegenüber Spender*innen im Bereich nicht-/semistaatlicher Entwicklungszusammenarbeit.
- 3 SOGI steht für die, in internationalen (Menschenrechts-)Dokumenten gebräuchliche, Abkürzung sexual orientation and gender identity.
- 4 LGBTIQ steht für die international verwendete Abkürzung für Lesbian, Gay, Bisexual, Intersex, Trans(gender), Queer wobei das „Q“ darüber hinaus auf das Wort „Questioning“ verweist und damit auf die historische und geopolitische Kontextualität und Kontingenz von identitätspolitischen Bezeichnungen. Um diese Kontingenz zusätzlich zu betonen und um auf die Ambivalenz einer Verwendung von LGBTIQ für transnationale Arenen und Kontexte hinzuweisen (u.a. die Gefahr einer Unsichtbarmachung ‚indigener‘ oder ‚lokaler‘ Bezeichnungssysteme und Identitäten), setze ich nach dem LGBTIQ darüber hinaus einen Asteriks*. Das Asteriks* macht deutlich, dass LGBTIQ als Identitätsbezeichnungen höchst umkämpft und Gegenstand von Ausverhandlungs- und Aneignungsprozessen sind, gleichzeitig aber auch normierende Wirkungen z.B. durch ihre Verwendung in internationalen Dokumenten entfalten. Je nach Kontext und historischem Zeitpunkt ist in internationalen Dokumenten jedoch oftmals nur von LGBT oder LGBTI die Rede. Deshalb wird (IQ*) an manchen Stellen in Klammer gesetzt.
- 5 Die hier präsentierten Überlegungen sind Teil eines Forschungsprojektes zur Artikulation und zum Framing von LGBTIQ*-Rechten in Europäischen Entwicklungsinstitutionen. Mittels einer Critical Frame Analysis von Policy-Dokumenten, Medienberichten und Handreichungen zu LGBTIQ*/SOGI-inklusiven Entwicklungsstrategien sowie auf der Basis von Interviews mit Entwicklungsexpert*innen werden in diesem Projekt Prozesse der Wissensproduktion und des jeweiligen Problem-/Lösungs-Framings in Bezug auf LGBTIQ*-Rechte in europäischen Entwicklungsinstitutionen und NGOs mit Schwerpunkt Dänemark, Niederlande, Schweden und Deutschland untersucht (u.a. Klapeer 2017, 2018a, 2018b).
- 6 Die Queer-Theoretikerin Lisa Duggan (2002) prägte den Begriff der Homonormativität, um eine spezifische neoliberale Politik der normalisierenden Inklusion und Assimilation von LGBTIQ*s zu beschreiben. Sie definiert Homonormativität als eine Politik „that does not contest dominant heteronormative assumptions and institutions, but upholds and sustains them,

while promising the possibility of [...] a privatized, depoliticized gay culture anchored in domesticity and consumption" (ebd., 179).

- 7 Mit dem Konzept des Homonationalismus beschreibt und kritisiert die postkolonial-queere Theoretikerin Jasbir Puar (2007, xiii), eine staatliche, aber auch von vielen weißen LGBTIQ-Organisationen selbst verfolgte Politik der Inklusion und Einschreibung von LGBTIQ*Rechten, von Toleranz und Diversität, in die nationale Selbstimagination der USA nach 9/11 „at the expense of sexually and racially perverse death“. D.h., weiße, homonormative und somit inklusionswürdige LGBTIQs* müssen in dieser Logik nicht nur vor dem (angeblich) ‚homo-phoben, muslimischen Terroristen‘, geschützt werden, sondern LGBTIQ-Rechte fungieren gleichsam als Zeichen eines ‚westlichen‘ „sexual exceptionalism“ (ebd., 79) und einer US-amerikanischen Überlegenheit gegenüber ‚unterentwickelten‘ Staaten und Kulturen.

Literatur

Abbas, Hakima, 2012: Aid, Resistance and Queer power. In: Pambazuka News. Internet: <http://www.pambazuka.org/governance/aid-resistance-and-queer-power> (26.8.2012).

Ahmed, Sara, 2009: Problematic Proximities, Or why Critiques of "Gay Imperialism" Matter. Internet: http://www.grassrootsfeminism.net/cms/sites/default/files/Problematic%20Proximities_Sara%20Ahmed.doc (14.7.2019).

African Statement to British Government on Aid Conditionality 2013 (2011). In: Sokari, Ekine/Abbas, Hakima (Hg.): Queer African Reader. Dakar, 92-94.

Baaz, Maria Eriksson, 2005: The Paternalism of Partnership. A Postcolonial Reading of Identity in Development Aid. London.

Bosia, Michael, 2015: To Love or to Loathe. Modernity, Homophobia, and LGBT Rights. In: Picq Lavinias, Manuela/Thiel, Markus (Hg.): Sexualities in World Politics. How LGBTQ Claims Shape International Relations. New York, 38-53.

Bracke, Sarah, 2011: Subjects of Debate. Secular and Sexual Exceptionalism, and Muslim Women in the Netherlands. In: Feminist Review. 98 (1), 28-46.

Currier, Ashley, 2011: Decolonizing the Law. LGBT Organizing in Namibia and South Africa. In: Studies in Law, Politics and Society. 54 (1), 7-44.

Brunner, Claudia/**Dietze**, Gabriele/**Wenzel**, Edith, 2009: Okzidentalismus konkretisieren, kritisieren, theoretisieren. In: Dietze, Gabriele/Brunner, Claudia/Wenzel, Edith (Hg.): Kritik des Okzidentalismus. Transdisziplinäre Beiträge zu (Neo-)Orientalismus und Geschlecht. Bielefeld, 11-22.

Dietze, Gabriele, 2017: Sexueller Exzeptionalismus als Kulturalisierung von Geschlecht und Sexualität. In: Freiburger Zeitschrift für Geschlechterstudien. 23 (2), 21-36.

Duggan, Lisa, 2002: The New Homonormativity. The Sexual Politics of Neoliberalism. In: Castonovo, Russ/Nelson, Dana D. (Hg.): Materializing Democracy. Durham, London, 175-194.

Elgström, Ole/**Delputte**, Sarah, 2016: An End to Nordic Exceptionalism? Europeanisation and Nordic Development Policies, European Politics and Society. In: European Politics and Society. 17 (1), 28-41.

Escobar, Arturo, 1988. Power and Visibility. Development and the Invention and Management of the Third World. In: Cultural Anthropology. 3 (4), 428-443.

Escobar, Arturo, 2012 (1995): Encountering Development. The Making and Unmaking of the Third World. 2. Auflage. Princeton.

Ferguson, James, 2009 (1990): The Anti-politics Machine. ‚Development‘, Depoliticization and Bureaucratic Power in Lesotho. 9. Auflage. Minneapolis.

Ferguson, James, 2006: Global Shadows. Africa in the Neoliberal World Order. Durham, London.

- Gunkel**, Henriette, 2013: Some Reflections on Postcolonial Homophobia, Local Interventions, and LGBTI Solidarity Online. The Politics of Global Petitions. In: *African Studies Review*. 56 (2), 67-81.
- Gosine**, Andil, 2018: Rescue, and Real Love. Same Sex Desire in International Development. In: Mason, Corinne L. (Hg.): *Routledge Handbook of Queer Development Studies*. London, New York, 193-208.
- Haritaworn**, Jin/**Erdem**, Esra/**Tauqir**, Tamsila, 2008: Gay Imperialism. The Role of Gender and Sexuality Discourses in the „War on Terror“. In: Kuntsman, Adi/Miyake, Esperanza (Hg.): *Out of Place. Interrogating Silences in Queerness/Raciality*. York, 9-34.
- Heron**, Barbara, 2007. *Desire for Development. Whiteness, Gender, and the Helping Imperative*. Waterloo.
- Hoad**, Neville, 2000: Arrested Development or the Queerness of Savages. Resisting Evolutionary Narratives of Difference. In: *Postcolonial Studies*. 3 (2), 133-158.
- International Cooperation and Development**, 2019: LGBTI Rights. Internet: https://ec.europa.eu/europeaid/sectors/human-rights-and-governance/democracy-and-human-rights/anti-discrimination-movements/lgbti_en (19.6.2019).
- Jungar**, Katarina/**Peltonen**, Salla, 2017. Acts of Homonationalism. Mapping Africa in the Swedish Media. In: *Sexualities*. 20 (5-6), 715-737.
- Kapoor**, Ilan, 2008: *The Postcolonial Politics of Development*. London.
- Kesselring**, Thomas, 2014: Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik aus ethischer Perspektive. In: *Entwicklungsethnologie. Zeitschrift der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie*. 21 (1/2), 11-48.
- Klapeer**, Christine M., 2017: Queering Development in Homotransnationalist Times. A Postcolonial Reading of Queer desires for LGBTIQ Inclusive Development Agendas. In: *Lambda Nordica. Special Issue on Postcolonial Queer Europe*. 22 (2/3), 41-67.
- Klapeer**, Christine M., 2018a: Dangerous Liaisons? (Homo)Developmentalism, Sexual Modernization and LGBTIQ Rights in Europe. In: Mason, Corinne L. (Hg.): *Routledge Handbook of Queer Development Studies*. London, New York, 102-118.
- Klapeer**, Christine M., 2018b: LGBTIQ Rights, Development Aid and Queer Resistance. In: Shilliam, Robbie/Rutazibwa, Olivia (Hg.): *Routledge Handbook of Postcolonial Politics*. London, New York, 179-194.
- Kothari**, Uma (Hg.), 2005a: *A Radical History of Development Studies. Individuals, Institutions and Ideologies*. London.
- Kothari**, Uma, 2005b: Authority and Expertise. The Professionalisation of International Development and the Ordering of Dissent. In: *Antipode*. 37 (3), 425-446.
- Kothari**, Uma, 2006. An Agenda for Thinking about ‚Race‘ in Development. In: *Progress in Development Studies*. 6 (1), 9-23.
- Lancaster**, Carole, 2007: *Foreign Aid. Diplomacy, Development, Domestic Politics*. Chicago.
- Laskar**, Pia, 2014: The Illiberal Turn. Aid Conditionality and the Queering of Sexual Citizenship. In: *Lambda Nordica*. 19 (1), 87-100.
- Lind**, Amy (Hg.), 2010: *Development, Sexual Rights and Global Governance*. New York.
- Ludwig**, Gundula, 2016: Desiring Neoliberalism. In: *Sexuality Research and Social Policy*. 13 (4), 417-427.
- Moreau**, Julie/**Currier**, Ashley, 2018: Queer Dilemmas. LGBT Activism and International Funding. In: Mason, Corinne L. (Hg.): *Routledge Handbook of Queer Development Studies*. London, New York, 223-238.
- Mwikya**, Kenne, 2013: The Media, the Tabloid, and the Uganda Homophobia Spectacle. In: Sokari, Ekine/Abbas, Hakima (Hg.): *Queer African Reader*. Dakar, 92-94.

- Ní Mhaoileoin**, Niamh, 2019: The Ironic Gay Spectator. The Impacts of Centring Western Subjects in International LGBT Rights Campaigns. In: *Sexualities*. 22 (1-2), 148-164.
- Okanlawon**, Kehinde, 2015: Resisting the Hypocritical Western Narrative of Victimhood and Celebrating the Resistance against Homophobia in Nigeria. In: Sandfort, Theo/Simenele, Fabienne/Mwachiro, Kevin/Reddy, Vasu (Hg.): *Boldly Queer. African Perspectives on Same-sex Sexuality and Gender Diversity*. Internet: https://www.hivos.org/sites/default/files/1_boldly_queer_cover.pdf (24.3.2019).
- Puar**, Jasbir, 2007: Terrorist Assemblages: Homonationalism in Queer Times. Durham.
- Rao**, Rahul, 2014: The Locations of Homophobia. *London Review of International Law*. 2 (2), 169-199.
- Sida**, 2006: Action Plan for Sida's Work on Sexual Orientation and Gender Identity in International Development Cooperation 2007-2009. Department for Democracy and Social Development. Stockholm.
- Spivak**, Gayatri Chakravorty, 2004: Righting Wrongs. In: *South Atlantic Quarterly*. 103 (2/3), 523-581.
- Spivak**, Gayatri Chakravorty, 2007: Feminism and Human Rights. In: Shaikh, Nermeen (Hg.): *The Present as History. Critical Perspectives on Global Power*. New York, 172-201.
- Thoreson**, Ryan Richard, 2014: Troubling the Waters of a 'Wave of Homophobia'. *Political Economies of Anti-Queer Animus in Sub-Saharan Africa*. In: *Sexualities*. 17 (1-2), 23-42.
- Weber**, Cynthia, 2016: *Queer International Relations. Sovereignty, Sexuality and the Will to Knowledge*. Oxford.

Feministische Solidarität als Kosmopolitik

JOHANNA LEINIUS

Einleitung

Die feministische Debatte um die Möglichkeiten von politischer Solidarität zwischen heterogenen Akteur_innen ist eng mit der Frage nach einem transnationalen Feminismus verknüpft. Hier lassen sich grob zwei Stränge unterscheiden (Conway 2017): Während ein Strang die empirisch beobachtbare Konvergenz zwischen Feminist_innen weltweit betont (Antrobus 2004; Basu 2010; Desai 2008), speist sich ein zweiter Strang aus der normativ-kritischen Debatte zwischen postkolonialen¹ und ‚westlichen‘ Feminismen um Machtasymmetrien und Differenzen zwischen Frauen* (Grewal/Kaplan 1994; Lugones 2003; Mohanty 2003a). In meinem Beitrag lote ich aus, inwiefern Einsichten aus dem zweiten Debattenstrang genutzt werden können, um die Möglichkeitsbedingungen von feministischer Solidarität empirisch zu untersuchen. Dafür untersuche ich zwei Bewegungstreffen in Peru, in denen Differenz nicht als aufzulösende Hürde, sondern als Bereicherung gesehen wurde. Ich